

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf., Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechn.-Anschluss: Ring Nr. 6837.

Mittwoch, 9. März 1921

Anzeigenpreise: Die 3spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verdingungs- und Verdingungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3spaltig oder deren Raum im Text 2,- Mk.

## Die Imperialisten marschieren.

Düsseldorf, 8. März. Heute morgen sind französische Panzerautos und französische Kavallerie zur Besetzung Düsseldorfs eingerückt.

Nach offiziellen Londoner Meldungen sollen sich an neuen Besetzungen keine englischen Truppen, sondern nur belgische und französische beteiligen. Auch der italienische Ministerrat billigte zwar die Sanktionen, sagte aber keine tätige Solidarität bei Besetzungen zu.

Paris, 7. März. Der sogenannte Oberste Kriegsrat, an dem das französische Kabinett und die Feldmarschälle teilnehmen, ist heute nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysee einberufen worden.

### Die neue Zollmauer im Westen.

London, 7. März. Briand hat dem Reuterschen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

London, 7. März, 8 Uhr abends. Die deutsche Delegation beabsichtigt, morgen die Heimreise nach Berlin anzutreten.

Nach Reutersmeldungen aus London wird der Beginn der militärischen Operationen auf morgen festgesetzt.

### Die Vorgänge vor dem Abbruch der Verhandlungen.

Im Laufe des Sonntags überreichte Simons einen neuen Gegenvorschlag, der die Befristung des Abkommens von Paris für die Dauer von 5 Jahren enthielt in der Erwartung einer späteren Revision. Der Oberste Rat lehnte in einer Sitzung Sonntag nacht diesen Vorschlag ab und nahm auf Antrag Lloyd George folgendes neue Gegenprojekt an:

1. Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren an Stelle von 42 Jahren, wie es im Pariser Abkommen vorgesehen war.
2. Erhebung einer Ausfuhrsteuer von 30 Prozent der importierenden Länder auf die deutsche Ausfuhr, ein bestimmtes garantiertes Minimum, das nach 5 Jahren 6 bis 8 Milliarden betragen dürfte.
3. Bezüglich der Differenz mit der in Paris festgesetzten Höhe von 226 Milliarden, die durch diese beiden Arten der Zahlung entstehen könnten, wurde der Reparationskommission überlassen, sie nach Feststellung der Gesamtzahl der alliierten Forderungen festzusetzen.

In der großen Sitzung der Londoner Konferenz am Montag mittag ignorierte Simons nach den bisher vorliegenden Meldungen den Gegenvorschlag Lloyd Georges. Er erklärte aufs neue, es sei unmöglich, die Pariser Beschlüsse anzunehmen. Angesichts des großen Unterschiedes, der zwischen diesen Beschlüssen und den deutschen Vorschlägen besteht, schlage die deutsche Delegation trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Frage vor. Deutschland sei bereit, der Regelung für die ersten fünf Jahre auf folgender Grundlage zuzustimmen: Feste Annuitäten in Höhe der Pariser Beschlüsse und für die 12 prozentige Ausfuhrabgabe, die uns nicht zweckmäßig erscheint, ein Äquivalent.

Voraussetzung für dieses Angebot sei, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe und Deutschland volle Handels-

freiheit erhalte. Ob jetzt schon ein Vorschlag gemacht werden solle, liege in der Hand der Alliierten. Falls sie darauf eingingen, würde die deutsche Regierung mit Sachverständigen die Einzelheiten ausarbeiten und möglichst bald in Beratung über den Gesamtplan der Reparationsschuld eintreten. Sollten die Alliierten aber auf einem sofortigen definitiven Angebot bestehen, so sei die Delegation auch dazu bereit. Doch müsse er (Dr. Simons) um eine Woche Frist bitten, um die Sache mit dem Kabinett zu besprechen. Dr. Simons ging dann in längeren Ausführungen auf die Rede Lloyd Georges vom 3. März ein.

Die Sitzung endete mit einer Erklärung Lloyd Georges, daß, obwohl über die Antwort der Alliierten kein Zweifel bestehen könne, die Prüfung der sehr durchgearbeiteten deutschen Erklärung die Vorbedingung für die Antwort der Alliierten sei. Deshalb schlage er Vertagung auf nachmittag 4 1/2 Uhr vor.

In der Nachmittagsitzung der Konferenz erteilte Lloyd George die Antwort der Alliierten. Die Alliierten seien leider gezwungen gewesen, da die deutschen Gegenvorschläge ungenügend seien, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen. Den Abschluß eines Provisoriums könnten sie nicht annehmen. Lloyd George begründete näher, warum der sofortige Eintritt der Sanktionen notwendig gewesen sei, und erklärte, die Welt brauche ein Definitivum. Vor allem zwei Punkte seien es, die sofort geregelt werden müßten:

1. Die Besprechung der Faktoren, welche als Äquivalent für die Ausfuhrabgaben in Betracht kämen, sowie die Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft und
2. die Art und Weise der Zahlung.

Dr. Simons erklärte, daß die deutsche Delegation über die Antwort beraten müsse, und zog sich mit der deutschen Delegation in ein anderes Zimmer zurück. Die Konferenz tagte weiter und erwartete die Antwort der deutschen Delegation.

Die Antwort Simons, des Vertreters einer hilflosen Bourgeoisie, auf so konkrete Fragen konnten nur Vorbereitungen zur Abreise sein.

Er kehrt nicht heim als Sieger. Sein Befehl in London hat nur die ausweglos verzweifelte Lage der deutschen Bourgeoisie gegenüber den hohen Ansprüchen der Entente demonstriert und seine Abreise steht unter demselben Zeichen.

Was wird nun werden? Die Franzosen marschieren. Wird die deutsche Regierung unter dem Druck dieser Tatsachen doch noch kapitulieren? Es wäre ein müßiges Spiel, sich in Spekulationen darüber einzulassen. Viel wichtiger für uns ist, und absolut fest steht das, was die Stimmregierung gegenüber dem deutschen Proletariat tun wird. Die deutsche Arbeiterklasse wird schärfer ausgebeutet und brutaler unterdrückt werden wie je zuvor. Sie wird die deutsche Bourgeoisie für die Folgen Londons entschädigen müssen.

Das bedeutet, daß die kapitalistische „Ordnung“ für die Arbeiterklasse zu einer ungeheuren Folterkammer würde. Der Arbeiter, der angesichts dieser Gefahr ruhig bleibt, wäre ein Verräter an seinen Interessen, an seiner Klasse und an seinen Kindern.

## Gegen die zunehmende Verelendung.

Entweder — oder!

Im sächsischen Landtag regte sich jüngst eine sozialdemokratische Abgeordnete mächtig darüber auf, daß in Sowjetrußland Leute, die ehemals in Samt und Seide gingen, die ehemals in prunkvollen Villen wohnten, die ehemals herrlich und in Freuden lebten, heute in Lumpen gehüllt bettelnd durch die Straßen von Petersburg oder Moskau irrten, ja, daß sie teilweise sogar Hungers sterben müßten. Ueber diese Tatsache, die der weiblichen Fierde der Sozialdemokratie von „zuverlässiger Seite“ (wie wollen nicht untersuchen, in welchem Kaffeekaffisch) mitgeteilt worden sei, vermag die Frau Abgeordnete nicht genug in stilllicher Entrüstung zu machen.

Sie kann offenbar nicht verstehen, daß in Rußland durch den Weltkrieg und durch den von der vereinigten Weltreaktion immer aufs neue geschürten Bürgerkrieg die Grundlagen der Produktion größtenteils zerstört und vernichtet worden sind, daß also der Lebenspielraum in Rußland infolge der Verringerung der erzeugten Gütermenge bei gleichzeitig bestehender Blockade Sowjetrußlands wesentlich verengert wurde. Bei dieser Sachlage sah sich die Sowjetregierung vor folgende Entscheidung gestellt: Die vorhandenen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sind zur Befriedigung aller Ansprüche nicht ausreichend. Entweder müssen wir die Ansprüche der roten Soldaten, der Arbeiter und Bauern kürzen, oder aber die Ansprüche der Bourgeoisie. Die kommunistische Arbeiterregierung Rußlands entschied so, daß sie sagte: In erster Linie müssen verpflegt werden die roten Soldaten an den Fronten des Bürgerkrieges, die Arbeiter und Bauern an den Ernährungs- und Wirtschaftsfrenten. Was dann noch übrig bleibt, möge der Klasse, die ehemals das schaffende Volk ausbeutete, die sich vom Schweiß und Blut des Proletariats gute Tage machte, zukommen.

Die russische Sowjetregierung hat es also gewagt, aus den ökonomischen, sozialen und politischen Tatsachen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegenden Konsequenzen rücksichtslos zu ziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei die gestürzte Ausbeuterklasse teilweise oder ganz zugrunde geht. Und diese Tat läßt die Vertreter des „ethischen Sozialismus“ (ein hübscher neuer Name für den in der Geschichte des Sozialismus als erste Stufe der sozialistischen Theorie und Bewegung wohl bekannten utopischen Sozialismus!) in moralischer Empörung überquellen gegen die in Rußland herrschenden Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus und des Sozialismus der Tat!

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Deutschland. Jedermann weiß, daß bei uns in Deutschland die Bourgeoisie mehr als jemals in Genüssen aller Art schwelgt, während in dumpfen, feuchten Löchern Proletarier und Proletariatkinder verhungern und bei lebendigem Leibe verfaulen. Darüber braucht man in einer Arbeiterzeitung kein Wort weiter zu sagen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wissen in diesen Dingen aus eigener Erfahrung und Anschauung selber ganz genau Bescheid. Daß die Kapitalistenklasse in Deutschland ganz bewußt die Verelendung unter der deutschen Arbeiterschaft mit allen Mitteln fördert, dafür nur ein einziges Beispiel: Nach den letzten amtlichen Veröffentlichungen ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar gestiegen von 410 000 auf 432 000. Also um 22 000 Vollerwerbslose. Wenn wir nun vergleichen die Steigerung der Erwerbslosenziffer bei den männlichen und weiblichen Erwerbslosen, so ergibt sich, daß die gesamte Steigerung von 22 000 auf die männlichen Erwerbslosen fällt und daß im Zusammenhang damit die Zahl der unterstützten Familienangehörigen von 457 000 auf 495 000 angewachsen ist.

Daraus folgt, daß die Kapitalistenklasse ganz planmäßig vorgeht, indem sie in erster Linie solche Leute auf Pfahle wirft, die eine Familie zu erhalten haben, die also gegen die mit der Arbeitslosigkeit verbundene Not besonders empfindlich sind, die den Abdruck der hungernden und verzweifelnden Frauen und Kinder nicht lange zu ertragen vermögen. Seit geraumer Zeit schon können wir diese systematische Verelendungsarbeit der Kapitalistenklasse beobachten. Billige Arbeitskräfte, weibliche und ledige, behält man im Betrieb. Solche, die Familie haben, wirft man auf die Straße. Und die Gewerkschaften unterstützen durch ihre sinnlose und kurzfristige Tarifpolitik auch noch die Bereibungen des Unternehmergeheimnisses. Eine parteipolitische Kluft besteht zwischen Ledigen und Verheirateten, zwischen Männern und Frauen in den Tarifen. Erstes bedeuten die Familienzulagen bei den Tarifabschlüssen für die Unternehmer einen Anreiz, verheiratete Männer in erster Linie aus dem Betriebe zu entfernen, zumal durch solche

**Darum deutsches Proletariat marschiere auf:**  
**Gegen das Doppeljoch fremder und deutscher Ausbeuter! Für die Herrschaft der Arbeiterklasse!**  
**Für den kommunistischen Aufbau!**  
**Fort mit allen Bourgeoisregierungen!**  
**Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland!**  
**Wirtschaftsgemeinschaft mit Sowjetrußland!**

### Der Tenor der Bankrotteure.

Eberts Parole.

Es ist eine alte Geschichte, daß kapitalistische Bankrotteure, wenn ihnen der Konkurrent an den Hals gesprungen ist, sich beklagen über die Brutalität des Gegners und behaupten, im Recht zu sein. Auf denselben Ton ist eine Proklamation Eberts, des Reichspräsidenten, abgefaßt.

Wir sind rechtslos, oder besser: streifen können wir es,

daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit erkennen: Nicht wird hier zertreten durch Gewalt.

Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Recht weichen muß.

Wem wird das imponieren? Nicht den Gerichtsvollzügen der Entente und uns auch nicht. Die Arbeiterklasse aber würde sich mit in den Abgrund der kapitalistischen Barbarei hineinreißen lassen, wenn sie sich durch das Geschrei Eberts zur Untätigkeit verleiten lassen würde.

Massnahmen ihre konterrevolutionären Absichten überhaupt wesentlich unterstützt werden. Ihre Absichten, die von der Hoffnung ausgehen, daß die Arbeiter, die Weib und Kind leiden sehen, am ersten in ihrem revolutionären Kampfwillen, in ihrem Widerstand gegen die Absichten der Unternehmer gemüht und der Willkür der Kapitalisten gefügig gemacht werden. Die Erfahrungen in Oesterreich sprechen Bände darüber.

Aus unserer Gegenüberstellung der Verhältnisse in Rußland und Deutschland erhellt ganz klar, daß das Geschwäh der Sozialdemokraten vom „Staatsinteresse“ und „Volksganzen“ Mission und Arbeiterbetrug ist. Es gibt keinen Staat schlechthin. Es gibt einen bürgerlichen oder einen proletarischen Staat. Es gibt kein „Volksganzes“. Die Völker sind zerrissen in zwei Klassen. Beide Klassen stellen ihre Ansprüche. Die Befriedigung aller Ansprüche ist bei der zerrütteten Wirtschaft der Nachkriegszeit nicht möglich. Das Ringen um die Existenzgrundlagen zwischen Kapital und Arbeit ist unvermeidlich. Entweder muß das Proletariat leben, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei der bürgerliche Staat in Trümmer, die Bourgeoisie zugrunde geht. Oder aber die Bourgeoisie setzt die Befriedigung ihrer maßlosen Ansprüche durch, und dann muß ein erheblicher Teil des Proletariats aus der Zahl der Lebenden gestrichen werden. Vor dieser Entscheidung stehen die Völker, steht die Welt heute unausweichlich. Das kommunistische Rußland hat die Sicherung der Existenz des Proletariats profamiert. Rückwärts wird diese Rückschau verfolgt und damit die Grundlage für einen künftigen Aufstieg gesichert. In Deutschland hat sich durch die schwankende Haltung der Sozialdemokratie die Bourgeoisie durchgesetzt. Sie lebt, das Proletariat verendet. Das ist die historische Schuld der deutschen Sozialdemokratie, im internationalen Maßstab die Schuld der Zweiten Internationale.

## Politische Uebersicht.

### Produktionsabotage

#### durch die Breslauer Straßenbahndirektion.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn erklart in einer Bekanntmachung, daß sie zu viel Arbeiterkräfte habe. Die Herbeiführung von Wagenpark seien beendet; die Möglichkeit der Verdichtung des Verkehrs sei nicht gegeben.

Die Verwaltung versucht ihrer Arbeiterschaft die Entlassung einer großen Zahl von Leuten schmachhaft zu machen, indem sie den freiwillig austretenden eine Prämie je nach ihrem Dienstalter gewährt. Wenn trotz der in Stunden gewährten Prämie nicht genügend Arbeiter den Mut haben, sich und ihre Familie den Segnungen der Arbeitslosenfürsorge anzusetzen, müsse die Verwaltung zu Kündigungen schreiten.

Wir sehen immer wieder dasselbe Bild. Bei Eisenbahn, Post und kommunalen Einrichtungen das Bestreben, aus der elenden Defizitwirtschaft herauszukommen, indem man tausende Arbeiter auf die Straße wirft und sie verhungern läßt.

Die Arbeiter müssen diesen Bestrebungen gleich in ihren ersten Anfängen energisch entgegenreten. Sie müssen verlangen, daß ihre Betriebsräte Einblick in die Leitung des Betriebes bekommen. Die Betriebsräte werden, weil sie nicht durch die Brille des profitgierigen Kapitalisten sehen, vieles finden, was sie bestrafen muß, unter keinen Umständen Leute zu entlassen.

Ein Aufbau der Wirtschaft ist unmöglich, wenn das Heer der Arbeitslosen täglich vermehrt wird. Der Aufbau ist nur möglich, wenn die sabotierenden Unternehmer gezwungen werden, gleich, ob sie mehr oder weniger Profit haben, ihre Betriebe weiterzuführen unter der Kontrolle der Betriebsräte.

### Gegen das revolutionäre Proletariat.

Die Organe der Regierung in München hat der kommunistischen Partei die Abhaltung öffentlicher Versammlungen in Bayern verboten.

Die Sonnabendnummer des Stuttgarter „Kommunist“ wurde wegen des Aufrufs der Zentrale der DKPD. beschlagnahmt.

### Der Aufmarsch der Arbeitermassen.

Die großen kommunistischen Demonstrationen in Berlin fanden am Sonntag unter riesiger Teilnahme statt. Die Säle waren überfüllt. In vielen Fällen wurden Paralleldemonstrationen abgehalten. Die Demonstrationen nahmen einen begeisterten Verlauf, ohne daß es zu Zusammenstößen kam.

Stuttgart, 6. März. Heute demonstrierten in Stuttgart 15 000 Arbeiter in mächtigen Sägen gegen das doppelte Ausbenterjoch der eigenen und fremden Bourgeoisie und für das Schluß- und Erbschaftsrecht mit Sowjet-Rußland.

### Kahr kennt den Feind.

Wir erhalten aus München nachfolgendes Telegramm: Die öffentlichen Versammlungen der Kommunisten sind verboten worden. Begründung: die Aufforderung der „Neuen Jahre“ zum Sturz der Regierung.

Kahr hat den Feind erkannt. Er hat die Faktion der nationalen Einheitsfront gesprengt. Nun wird auch das Proletariat erkennen, wo der Feind steht.

### Paul Frölich — Reichstagsabgeordneter.

Durch die unpreussische Wahl des Genossen Heyde- wasser in den Reichstag ist der RPD. ein weiteres Mandat auf Grund der Reichsliste der RPD. zugefallen. Nachdem die Genossen Bied, Heiser, Müller, Meyer und Eberlein auf die Annahme des Mandats verzichtet haben, fällt das Mandat dem Genossen Paul Frölich zu.

## Die Hamburger Hafenarbeiter für Wieder- aufnahme des Kampfes.

Hamburg, 6. März. Die Vertrauensleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes haben es durchgesetzt, daß die Urabstimmung über das Angebot des Arbeitgeberverbandes, das eine geringe Mehrheit für Abbruch des Streiks ergeben hätte, wiederholt wird wegen Unregelmäßigkeiten bei der ersten Abstimmung, die durch die Gewerkschaftsbürokratie verschuldet sind. Die in der Allgemeinen Arbeiterunion organisierten Hafenarbeiter haben die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert und haben auf die Kollegen im Deutschen Transportarbeiterverband eingewirkt, ihrem Beispiel zu folgen, was ihnen zum großen Teil gelang.

Die Gegensätze unter der Hafenarbeiterschaft haben sich durch die Ereignisse der letzten Tage verschärft. Unsere Genossen sehen ihre Aufgabe darin, diese Gegensätze möglichst rasch zu überwinden, und rufen die Mitglieder der Allgemeinen Arbeiterunion auf, mit ihnen solidarisch die Revolutionierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu fördern, um so die Einigung des Proletariats zum Kampf gegen das Unternehmertum herbeizuführen.

## Deutsche Behörden verhaften die sowjetrussische Handelsdelegation für Italien.

Sydlukhnen, den 5. März. Die Mitglieder der Handelsdelegation der russischen Sowjetrepublik unter Führung von Borowski, die durch Deutschland nach Italien reisen wollten, wurden bei Ueberschreiten der Grenze von den deutschen Behörden verhaftet.

Die deutsche Regierung und ihre Organe suchen sich durch diesen nichtwürdigen Schandstreich in London beliebt zu machen. In demselben Augenblick, wo sie über die Knebelung durch das Londoner Diktat Jeter und Morbio schreien, demonstrieren sie der Entente in hündischer Ergebenheit noch einmal, daß sie nach wie vor gewillt sind, die Brücken nach dem Osten abzubauen. Die Verhaftung stellt einen glatten Bruch der internationalen Rechtsgesetzlichkeiten dar. Es ist ein Skandal, daß in Deutschland die für Italien bestimmten Handelsvertreter eines Staates verhaftet werden, mit dem die Ebertrepublik angeblich im Friedenszustand lebt. Wir fordern die sofortige Entlassung und Durchreiseerlaubnis.

## Die Kommunisten im preussischen Landtag.

Die Fraktion unserer Partei im preussischen Landtag setzt sich aus folgenden Genossen zusammen:

Für Ostpreußen: Dr. Ernst Meyer, Berlin, Karl Schumann, Königsberg.

Für Berlin: Oltomar Gschke, Berlin, Paul Neumann, Berlin, Paul Hoffmann, Berlin.

Für Potsdam II: Wilhelm Bied, Berlin-Steglitz, für Potsdam I: Adolf Hoffmann, Berlin, Martha Arendsee, Berlin.

Für Merseburg: Georg Schumann, Halle a. S., Gustav Menzel, Halle a. S., Otto Kilian, Halle a. S., Rolf Wolfstein, Berlin-Reinickendorf, Max König, Weißenfels.

Für Erfurt: Richard Schneider, Erfurt.

Für Schleswig-Holstein: Johann Ehlerup, Bramfeld.

Für Hannover-Süd: Jwan Ras, Hannover.

Für Westfalen-Nord: Ulrich Krogg, Bielefeld.

Für Westfalen-Süd: Gustav Schneider, Jagen, Gustav Sobotta, Girdel.

Für Hessen-Nassau: Johann Knuth, Frankfurt a. M.

Für Köln-Aachen: Franz Dahlem, Köln a. Rh.

Für Düsseldorf-Dt: Paul Franken, Wald, Otto Kunze, Hemscheid, Datar Pleuge, Solingen, Fritz Charpentier, Elberfeld.

Für Düsseldorf-West: Datar Rusch, Berlin.

Für Oberschlesien: Willi Ziegler, Breslau.

Landesliste: Hugo Eberlein, Berlin-Mariendorf, Hanna Endemig, Berlin, Willi Schönbach, Düsseldorf, Werner Scholem, Berlin.

Nach den endgültigen amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters sind bei den Landtagswahlen am 20. Februar 1921 auf die einzelnen Parteien folgende gültige Stimmen entfallen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	4 294 071
Deutschnationale Volkspartei	2 957 509
Zentrumspartei	2 810 577
Deutsche Volkspartei	2 318 185
Bereinigte kommunistische Partei Deutschlands	1 211 741
Unabhängige Sozialdemokr. Partei Deutschlands	1 075 344
Deutsche Demokratische Partei	1 012 759
Deutsche-Hannoversche Partei	438 219
Wirtschaftspartei des Deutschen Reiches	192 392
Christliche Volkspartei	14 140
Polnische Partei	12 081
Schlesischer Verein	4 720
Preussische Partei	988
Christlich-Soziale Volkspartei	982

Danach entfallen auf die Reichssozialisten 97 Abgeordnete aus den Wahlkreisen, 6 durch Berechnung aus den Reichslisten, 4 durch Berechnung aus der Landeswahlliste und 7 Abgeordnete aus Oberschlesien, zusammen also 114 (gegen 145 bisher); auf die Deutschnationale Volkspartei 63 und 1 und 10 und 1 gleich 75 (gegen 48); auf die Zentrumspartei 64 und 3 und 3 und 11 gleich 81 (gegen 89); auf die Deutsche Volkspartei 48 und 4 und 6 gleich 58 (gegen 23); auf die Bereinigten Kommunisten 19 und 7 und 4 und 1 (als Unabhängiger in Oberschlesien gewählt, jetzt Mitglied der RPD.) gleich 31; auf die Unabhängigen 18 und 4 und 5 und 1 gleich 28 (gegen 24); auf die Demokraten 14 und 7 und 4 und 1 gleich 26 (gegen 60); auf die Deutsche-Hannoversche Partei 9 und 1 und 1 gleich 11 (gegen 9); auf die Wirtschaftspartei 1 und 1 und 2 gleich 4 Abgeordnete.

Der Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt also 428 (gegen 402 in der früheren Landesversammlung).

## Kreistage, Landräte und Landproletariat.

Der 20. Februar hat auch in die Dunkelkammern der Junker, in die Kreistage, Kommunisten gebracht. Sie stehen auf einem schweren aber wichtigen Posten.

Der Kreistag ist die höchste Verwaltungsinstanz des Kreises. Er beschließt über die vermögensrechtlichen Angelegenheiten des Kreises, setzt die Verpflegungsgelder für die Kreiskrankenhäuser fest, regelt die Kreiswohlfahrtspflege, den Kreiswegbau, die Gewerbe- und Feuerpolizeisachen, wählt die Amtsvorsteher und schlägt den Landrat vor, der von der Regierung bestätigt wird. Die Großagrarien beherrschen bisher die Kreistage. Von revolutionärem, proletarischem Geiste keine Spur.

Der Kreistag tritt nur einige Male im Jahre zusammen, seine ständige Vertretung ist der Kreisausschuß. Aber auch die Mitglieder des Kreisausschusses treten nur nach langen Zwischenräumen zur Beratung zusammen. Es liegen dann soviel Vorlagen und Arbeiten vor, daß sie wie die Dämonen vorm Berge stehen und sich in die Einzelheiten gar nicht vertiefen können. Der Vorsitzende des Kreisausschusses ist der Landrat. Dieser regiert nach wie vor den Kreis, vor- ausgeführt, daß er so regiert, wie es die Großagrarien und Großkapitalisten wollen. Auch der sozialdemokratische Landrat ist nur absolut, so lange er diesen den Willen tut. Ebenso wie die Kreistags- und Kreisausschussabgeordneten muß er sich alles von seiner Bürokratie vorlauken lassen. In Wirklichkeit herrscht also in den Kreisen der preussische Esch, die alte Regierungsbürokratie, die von der Orgelei kommandiert wird. Die sozialdemokratischen Landräte behaupten sich nur dadurch, daß sie der Reaktion entgegenkommen und den Karren im alten Geleise vorwärts oder vielmehr rückwärts schieben. Sie wurseln fort: Das ist alles. Die Arbeiterschaft hat auch nicht das geringste Vertrauen zu den Landräten und den Kreisinstanzen.

Dabei sind die Verhältnisse auf dem Lande standalös. So lehnen die Kreistage und Kreisausschüsse mit ihrem agrarischen Einschlag jeden Versuch ab, die Lage der Erwerbslosen zu verbessern. Die Landkrankenhäuser sind verlottert, die Landkrankenhäuser ebenfalls und außerdem der Tummelplatz der geschickelten und geschorenen Pfaffenchaft. Ungeheuerlich sind die ländlichen Wohnungsverhältnisse. Die Agrarier haben nichts als Hohn und Spott für die wohnungslosen ländlichen Proletarier übrig. Wer das Land kennt, weiß, daß gerade hierüber die Klagen nicht abreißen. Die Agrarier denken gar nicht daran, in ihren oft sehr geräumigen Wohnungen für wohnungslose Proletarier Platz zu schaffen. Die Landräte, auch die sozialdemokratischen, haben für alle Beschwerden nur taube Ohren. Korruption, Schieberium und Bucher feiern Orgien! Die Arbeiter lachen, wenn man sie mit ihren zahllosen Beschwerden an den Landrat verweist. Der Mann tut nichts. Der sozialdemokratische Landrat nicht mehr als der deutschnationale. Selbst in den rückständigsten Gebieten hat die sozialdemokratische Regierungstuerie gründlich abgemirchelt und alles Vertrauen der Arbeiterschaft verloren. Unsere Presse wird mit Beschwerden aus den Landkreisen überschwemmt. So schreien die Mißstände im Schulwesen zum Himmel. Von sanitären Einrichtungen ist überhaupt keine Rede. Wer auf das Land kommt, hört Dinge, daß sich ihm die Haare sträuben. Empörnd sind auch die Jagdverhältnisse. Reiche städtische und ländliche Jagdpächter hegen das Wild, daß es überhandnehmend den größten Schaden anrichtet. Aber wehe den Wilderern, die irgendeinen vierfüßigen Schädling abschießen. Wenn man ihnen auch nicht mehr, wie im vorvorigen Jahrhundert, die Haut abziehen und sie zu gräßlichen Lederhosen gerben läßt, so werden sie doch von der Klassenjustiz immer noch zu unmenslich harten Strafen verurteilt, obwohl sie die Allgemeinheit nicht geschädigt, sondern ihr nur genügt haben.

Gerade in den Landkreisen hat sich nicht das geringste gebessert. Der alte Mißstand sinkt mehr als je vorher. Das Landproletariat seufzt nach Erlösung. Es ist bezeichnender Weise in rein ländlichen Gegenden, wie im Harz und den heßischen Bergen radikal, als das städtische Proletariat. Es sieht auch in den sozialdemokratischen Landräten keine Vertreter seiner Interessen, sondern herrische Landvögte, die es verhöhnen und verfluchen.

Wir wissen sehr wohl, daß der armselige Kreistagsparlamentarismus, der nur den neuen Wein in alte Schläuche füllt, nichts grundlegend ändern kann.

Aber so sehr auch diese Erkenntnis bereits im revolutionären Landproletariat Verbreitung gefunden hat, ist es doch sicher, daß noch zahlreiche Landproletarier sich von demokratischen Illusionen noch nicht ganz freizumachen verstanden. Vor ihnen müssen die listigen Machenschaften in den Dunkelkammern der Kreistage enthüllt werden. Das Proletariat darf nicht untätig zusehen, wie diese Körperschaften von der Reaktion als hochvollkommene Werkzeuge der Unterdrückung, Ausbeutung und des Betrugs ausgenutzt werden. Auch hier muß die Stimme der Revolution gehört werden. Die Verhöhnungsakten müssen dort ein jähes Ende finden. Zu einer Leistung für das Proletariat werden die Kreistage nicht zu bringen sein, aber die Abwägung aller erfaßten Bemühungen der Kommunisten durch die bürgerlichen Mehrheiten werden zur Aufklärung und Revolutionierung des Landproletariats beitragen und das Landproletariat ist für den Sieg der Revolution von höchster Bedeutung.

Darum müssen auch die Kreistage von uns ausgenutzt werden, dem Landproletariat die ganze Trostlosigkeit seiner Lage begründlich zu machen, ihm zu zeigen, daß es verloren ist, wenn nicht die soziale Revolution steigt und die Diktatur angesetzt wird, es anzufordern, in die Front der gemeinsamen revolutionären Kämpfer einzutreten und entschlossenheit zum offenen Kampf zu finden.

# Ausland.

## Die „Kämpfe in Petersburg“ — vollkommen erlogen!

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Stockholm, 6. März. Ein Moskauer Bericht aus Petersburg besagt, daß sämtliche Nachrichten aus Helsingfors und Reval über blutige Kämpfe in Petrograd absolut erlogen sind. In Petersburg herrscht vollkommene Ruhe, nur auf der baltischen West- und im Lager Kasern hatten Arbeiterversammlungen stattgefunden, auf welchen die Frage der Verpflegung vollkommen ruhig besprochen worden ist, und die Solidarität der Arbeiter mit der Sowjetregierung bekundet wurde. Einige Fremde, nicht Arbeiter, verlangten die Einberufung der Konstituante, die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen und was die Forderungen der demokratisch maslierten Gegenrevolutionen augenblicklich sonst noch sind. Sie fanden aber bei den Arbeitern keine Unterstützung. Der Verpflegungskommissar Sorin ist weder verprügelt noch hinausgeworfen worden, wie man in der Westpresse gemeldet hat. Der kommunistische Rat in den Putilowwerken ist unbehindert in Tätigkeit. Kein einziges Regiment ist entwaffnet worden. Der Bezirk Wassilostrow war nie abgesperrt. Der Verkehr über die Brücken geht ungehindert vor sich. Alles was die bürgerliche Presse meldet, sind Wunschphantasien, gehegt auf Grund eines Planes zur wieder einmal gewollten, aber wieder einmal mißglückten Gegenrevolution.

Die „Frankf. Zeitg.“ veröffentlicht ein ähnliches Telegramm ihres Stockholmer Berichterstatters und schreibt dazu: „Bei schärfster Prüfung aller vorliegenden Nachrichten kann man etwa folgendes sagen: Der Sowjetregierung ist es gelungen, die von Menschewiki und Sozialrevolutionären angeführten Arbeitermassen in Moskau und Petersburg wieder in die Hand zu bekommen. Sie meint natürlich Aufklärung und Terror scheinen dabei gleichmäßig gewirkt zu haben. In Frankfurt könnte man noch einen Herd der gegenrevolutionären Propaganda vermuten, während Fäden nach Reval und Helsingfors und wahrscheinlich noch weiter laufen. Denn nur so könnte man die recht sensationell klingende Meldung verstehen.“

## Die lettischen Lügen über Sowjetrußland zurückgezogen.

Die „Rigasche Rundschau“ berichtet, daß die lettische Gesandtschaft in Moskau schon öfters Sensationsnachrichten über Meutereien in Sowjetrußland verbreitet hat. Das lettische Ministerium des Äußeren veröffentlicht eine Erklärung, wonach die lettische Regierung selbst an der Verbreitung solcher Gerüchte unbeteiligt sei. In heutiger Ausgabe teilt die lettische Telegraphenagentur mit, daß die von ihr gemeldeten „Unruhen“ eigentlich nur Ausdruck gewisser Opposition unter den Arbeitern waren.

## Streitabbruch in Polen.

Der Verrat der PPS.

Nach zehntägiger Dauer des Generalstreiks hat die Zentralkommission der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die paar Zugeständnisse der Regierung, die die PPS. benutzt, um ihren Verrat zu maschieren, entsprechen in keiner Weise den Forderungen des Proletariats, mehr noch, es sind überhaupt keine Zugeständnisse.

Da ist erstens die angebliche Aufhebung der Militarisierung der Eisenbahn. Aber die Regierung hat sie gar nicht zugefagt, sie hat sich nur auf ihren Erlaß berufen, der die Militarisierung nur für den Fall eines Streiks verfügt. Sie hat erklärt, sie werde die Militarisierung aufheben, sobald alle Eisenbahner die Arbeit wieder aufgenommen haben werden. Das Damoklesschwert der Militarisierung hängt aber weiter über die Eisenbahner, bedroht sie bei jedem künftigen Streik.

Als der Arbeitsminister Paepkowski forderte, den Erlaß aufzuheben, da die Gewerkschaften den Streitabbruch proklamiert hätten, hat der Ministerpräsident Witos es abgelehnt, irgendeine Frist für die Aufhebung der Militarisierung festzusetzen. Darauf ist der Arbeitsminister Paepkowski, der dem künstlichen Arbeiterverband angehört, zurückgetreten.

Die Regierung hat es weiter abgelehnt, die auf Grund des Erlasses Verhafteten freizulassen. Sie hat nur versprochen, sie nach Aufhebung der Militarisierung den bürgerlichen Gerichten zu übergeben.

## Fabrikbesetzung durch die Arbeiter in Luxemburg.

(D.A.) Luxemburg, 5. März. Die Direktion einer großen Fabrik in Differdingen hatte ihren Arbeitern mitteilen lassen, daß 300 von ihnen am 1. März entlassen werden müßten und daß der Betrieb eine teilweise Einschränkung erfahren werde. Falls die Belegschaft mit der teilweisen Betriebsstilllegung nicht einverstanden sei, sah sich die Direktion genötigt, 1500 Arbeiter zu entlassen. Auf diese Ankündigung hin hielten die Arbeiter der Fabrik eine Versammlung ab, in der sie den Beschluß faßten, den Fabrikbetrieb selbst in die Hand zu nehmen. Mitglieder der Betriebsräte erschienen in den verschiedenen Abteilungen und teilten den Abteilungsleitern mit, daß die Arbeiter die Fabrik in eigene Regie übernehmen. Auch in anderen Ortschaften Luxemburgs zeigen sich innerhalb der Arbeiterschaft Strömungen, die Bestrebungen in den Fabriken an sich zu reißen, so namentlich in Esch und Redingen.

Die Fabriken von Arbed, Esch und Däbelingen sind geschlossen. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die Fabriken zu verlassen. Der Streit hat sich auf die Gaswerke in Däbelingen und Esch ausgebreitet. Der Verband der Eisen-

bahner hat einen Aufruf erlassen, der die Drohung mit einem Sympathiestreik enthält, wenn es der Regierung nicht gelinge, die Rente zu beschwören. Die Regierung hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem die Eisenbahner aufgefordert werden, sich der Arbeitsbewegung nicht anzuschließen. Auch der letzte Hochofen des Landes ist nunmehr ausgeblasen worden.

## Tschechoslowakisches Kriegsmaterial für Polen.

Prag, 5. März. Laut „Rude Pravo“ wurde auf der Vertrauensmännertagung der Arbeiterschaft der Skobawerke in Pilsen auf Vorschlag der Rechtssozialisten Geminister Hampf, Krombholz und Kluby der Beschluß gefaßt, eine Batterie Kanonen samt Munition nach Polen durchzulassen, die feinerzeit auf Einspruch des „Rude Pravo“ in Pilsen zurückgehalten worden war. „Rude Pravo“ glaubt nicht, daß es sich nur um eine Batterie handle: Polen wird so viel Munition erhalten, als es will. Die Eisenbahner müssen nur ihre Pflicht erfüllen. Sie dürfen überhaupt kein Kriegsmaterial durchlassen. Die Regierung rechnet mit der Solidarität der Eisenbahner Rußland gegenüber und wird deswegen das Kriegsmaterial anstatt auf dem direkten Wege auf dem Umwege über Frankreich und Danzig nach Polen senden. Daher dürfen die Eisenbahner überhaupt kein Kriegsmaterial aus dem Gebiete der Republik herauslassen.

## Internationales.

### Internationale Solidarität.

Die „Internationale“, das Organ der Kommunisten für Nordwestböhmen, schreibt am 6. März:

„In tiefem Ernst, mit geballter Faust und angehaltenem Atem blicken die revolutionären Proletarier aller Länder auf das deutsche Proletariat. Schicksalstage für die Entwicklung der Weltrevolution steigen herauf; die deutschen Kommunisten haben zu formen, zu führen, zu entscheiden. Die deutschen Kommunisten haben zu wählen zwischen dem Kampf für die Weltrevolution und dem Untergang des Proletariats. Wir wissen, wie unsere Genossen sich entscheiden werden. Schon sehen wir, wie sie entschlossen ihren proletarischen Kampfesruf in den Gegenstoss nationalistisch-kapitalistischer Verblendung schleudern, schon sehen wir die Fahne der proletarischen Revolution über den Häuptern der deutschen Proletarier flattern.“

Genossen in Deutschland! Wir grüßen Euch! Wir kämpfen mit Euch — wo Kommunisten streiten für den Sieg der Weltrevolution, schlagen Herzen für Euch, sind Arbeiterfünke bereit, mit Euch den Weg zu bahnen zur kommunistischen Gesellschaft! Die Kommunisten der Tschechoslowakei wissen, was ihre Pflicht ist.“

### Schaffhausen für die 3. Internationale.

Aus Zürich wird gemeldet: Der Kantonale Parteitag in Schaffhausen hat sich mit 50 gegen 6 Stimmen für die 3. Internationale und damit für den Eintritt in die kommunistische Partei der Schweiz entschieden. Trotz aller Lügen der Schweizer Scheidemänner und Hilferbinge ist auch in diesem Lande der Siegeszug des kommunistischen Gedankens nicht aufzuhalten.

### Ein tschechischer Serrati.

In der tschechischen sozialistischen Partei hat das brutale Vorgehen der rechtsstehenden Führer zu ihrer Trennung von der Linken geführt, die die überwiegende Mehrheit des Proletariats hinter sich hat. Inzwischen befinden sich innerhalb der linken Richtung der tschechischen Sozialdemokratie noch manche schwankenden Führer, die sich zu keiner klar kommunistischen Haltung aufraffen können. In diesem Sinne ist auch ein Aufruf gehalten, den der bekannte tschechische Sozialist Schmeral dieser Tage im „Rude Pravo“ erteilte. Schmeral erklärt sich darin zwar für die Annahme der Bedingungen der 3. Internationale, aber er meint, daß man auf dem bevorstehenden Oster-Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie nicht über alle Punkte abstimmen solle! Auf diese Weise könne eine neue Spaltung der tschechischen Linken vermieden werden. Schmeral ist auch dagegen, daß die tschechische Linke sofort den Namen „Kommunistische Partei“ annimmt. Mit einer derartigen Politik ist es selbstverständlich nicht möglich, eine einheitliche und schlagfertige kommunistische Partei in der Tschechoslowakei zu schaffen. Die revolutionären Arbeiter der Tschechoslowakei werden aber soviel aus den Vorgängen der letzten Monate gelernt haben, daß sie sich auf solche Zweideutigkeiten nicht einlassen, sondern ein rückichtsloses unzweideutiges Bekenntnis zur kommunistischen Internationale ablegen.

## Wie die italienischen Sozialisten dem Bürgerkrieg aus dem Wege gehen möchten.

„Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der Zeitung der italienischen sozialistischen Partei, der sich mit den letzten blutigen Kämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Italien beschäftigt. Die Parteigenossen werden ermahnt, sich gegenüber den Gewalttaten der Weißgardisten streng in der Defensive zu halten und sich nicht provozieren zu lassen. Unbesonnene Handlungen einzelner Arbeiter würden nur von den Gegnern dazu ausgenutzt, um die Schuld für diese Vorgänge auf die sozialistische Partei zu schieben. Gewalt erzeuge immer nur Gegengewalt, und Blutvergießen erzeuge neues Blutvergießen; deshalb sei es notwendig, daß beide Teile mit dieser Taktik ansetzen und wieder in den Schoß der Zivilisation zurückkehren.

Aud die Verfasser dieses Aufrufes wollen Mitglieder der 3. Internationale sein!

Gegenüber den töglischen Ausschüften der Serratiisten hat die kommunistische Fraktion des italienischen Parlaments einen Aufruf erlassen, der die Arbeiter zum Widerstand bis zum äußersten gegen die bürgerliche Reaktion auffordert.

## Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien

7. Verhandlungstag.

### Die Ebert-Regierung provoziert.

Vor Eintritt in die Verhandlungen teilt der Verteidiger mit, daß dem Angeklagten Walter die Identifizierung erster Klasse verweigert worden ist. Man könnte meinen, das sei ein Witz. Es ist aber Tatsache, Ebert verleiht dem Menschenfänger eine Auszeichnung dafür, daß Eberts Parteigenossen und andere Proletarier massakriert wurden.

Zeuge Hartwig war Ordonanz im Generalkommando, er hat mehrmals Mißhandlungen mit Knütteln, Peitschen usw. gesehen. Ein Gefangener wurde mit Gummiknütteln geschlagen.

Walter schrie: „Sant doch den Lump, das ist der Schottländer.“

Der Bankbeamte Grundmann war Zeitsfreiwilliger beim Aulockorps, er hat gesehen, daß Eingelieferte mit Faustschlägen und Gewehrstoßen mißhandelt wurden.

Die Moral und Disziplin der Gruppe sei äußerst schlecht gewesen.

Oberleutnant März war Nachrichtenoffizier bei Aulock, er hat nichts gesehen und gehört von Mißhandlungen. Die Gruppe habe nichts mit Politik zu tun gehabt, man habe garnicht gewußt, daß die Kapp-Regierung zu Aulock bestimme. (Und so was nennt sich Nachrichtenoffizier.)

Der Zeuge Meier war Schreiber im Generalkommando, er hat oft beobachtet, wie Biskup und Bresska Gefangene mißhandelten.

Den Zeugen Bernhard hat man am Genick gepackt, Fußtritte verfehlt, Ohrfeigen verabreicht und mit Werkzeugen mißhandelt, bis er blutete. Im Keller des Generalkommandos fielen eine Anzahl Soldaten wie eine wilde Herde über ihn her und schlugen ihn so lange, bis er zusammenbrach.

Jemand rief: „Sant doch die Lerge in den Hauch, bis er krepirt.“

Der vernehmende Offizier sah den Mißhandlungen ruhig zu. Auf dem Wege nach der Folterkammer, im Mannschaftsraum der Spielleute und in der Folterkammer wurde Bernhard mit Knütteln und Peitschen ganz barbarisch geschlagen. Walter beschimpfte und schlug ihn ins Gesicht, auch Bresska hat ihn mißhandelt. Walter hat die Mannschaften zu Mißhandlungen angefeuert und sich selbst sehr daran beteiligt.

In der Folterkammer wurde er (der Zeuge) einem Offizier vorgeführt, von dem er fortgesetzt an Kopf und Körper mit Gummiknütteln geschlagen wurde.

Genau so erging es den Mißgefangenen.

Auf Befragen, warum er sich nicht eher gemeldet habe, sagte der Zeuge:

nach den jüngsten Gerichtsurteilen habe er kein Vertrauen mehr zur Justiz.

Zeuge Schumann war Sanitätsunteroffizier und hat den halbtot geschlagenen Brandt sowie die anderen Mißgefangenen, die ziemlich starke Verletzungen hatten, verbunden. Aus der Folterkammer hörte er fortwährendes lautes Schreien, das von Leuten herrührte, die mit den verschiedensten Gegenständen bearbeitet wurden.

Nach Verlesung verschiedener Zeitungsartikel wurde die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

## Gewerkschaftliches.

### Verchiebung des Roten Gewerkschafts-Kongresses auf den 1. Juli.

Die Wiener „Rote Fahne“ veröffentlicht ein Telegramm aus Moskau, das folgenden Inhalt hat: Auf Antrag der Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder wird der internationale Kongreß der Roten Gewerkschaften vom 1. Mai auf den 1. Juli endgültig verlegt.

### Ein bezeichnendes Gespräch.

In einigen Fabriken in Halle bestehen Lohnabstufungen. Zwei Unternehmer unterhalten sich über die Angelegenheit. Der eine der wohlgenährten Herren sagt: „Ich kümmere mich überhaupt nicht mehr um die tariflichen Abmachungen.“ Darauf der andere: „Na, hören Sie mal, das lassen sich aber die Arbeiter, die in Verbänden organisiert sind, doch nicht gefallen?“ Der Erste: „Ach, wissen Sie, Sie kennen ja die heutigen Gewerkschaften nicht mehr recht. Ich bräuche nur zu den Gewerkschaftsangehörigen zu sagen: Die Leute, die in den Ausland treten wollen, sind Kommunisten, — und dann habe ich gewonnenes Spiel.“

### Ein neuer Streich Paeplovs.

Chemnitz, 5. März. Der Bezirksverein Chemnitz des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Das Mitglied des Hauptvorstandes, Loepfer, ist mit der kommissarischen Verwaltung betraut. Dem bisherigen Zweigvereinsvorstand ist das Betreten der Büroräume verboten worden. Loepfer hat mit Paeplow Vollmacht erhalten, den Zweigverein Chemnitz aufzulösen, falls sich die Mitglieder gegen das allen Parteigenossen Bestimmungen vorgehende Diktat des Vorstandes anlehnen.

Herr Paeplow ist offenbar besorgt, daß sein Ehrenworter Name in Vergessenheit gerät, und will durch eine neue Schandtat von sich reden machen. Diese Absicht ist ihm gelungen. Seine sprachlos machende Position ist durch solche Streiche aber nicht festigen. Das wird Paeplow bald merken.

